
FDP Offenbach

MEHR GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN

20.12.2017

Die Koalitions-Fraktionen haben für die kommende Sitzung zwei Anträge eingereicht, mit denen sie gemeinschaftliches Wohnen voranbringen wollen. Zum einen möchten die Koalitionäre prüfen, wie barrierefreie Wohnungen speziell für Senioren-WGs bereitgestellt werden können. Besonders im Blick haben sie dabei Erdgeschosslagen, die häufig barrierearm sind aber als nur schwer vermarktbar gelten. Dabei soll auch eine mögliche Trägerschaft für Wohngruppen geklärt werden.

Die Idee zum Antrag entstand nach einem gemeinsamen Besuch im Statt-Haus, in dem es eine Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz gibt. „Das Angebot ist in dieser Form einmalig in Offenbach und die Plätze sind gefragt,“ erklären die vier Fraktionsvorsitzenden „Für viele wäre eine solche Wohngruppe eine gute Alternative zum Altenheim. Auch eine junge Stadt wie Offenbach altert, der Bedarf ist da.“ Zuletzt ist mit dem im Juni 2017 beschlossenen Altenplan der Ruf nach gemeinschaftlichem Wohnen als zentrale Forderung erneut bestärkt worden. „Der Altenplan soll nicht in einer Schublade verschwinden, sondern umgesetzt werden. Damit fangen wir jetzt an.“

Die Koalition nimmt den Altenplan auch gleich zum Anlass, um ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt für Offenbach anzugehen. Mit einem Änderungsantrag zu einem Antrag der LINKEN sollen gemeinschaftliche Wohnprojekte unterstützt und etabliert werden. Deshalb soll mit der GBO und anderen Bauträgern ein geeignetes Grundstück oder Gebäude gefunden werden, in dem gemeinschaftliches Wohnen denkbar ist. Interessierte Initiativen können sich mit einem Konzept dafür bewerben. Wichtigster Aspekt ist dabei die Wirkung in das umgebende Viertel. Die Koalitionäre wollen mit ihrem Änderungsantrag eine realistische Maßnahme zum Thema aufgreifen und umsetzen. Der Antrag der LINKEN zielt in erster Linie darauf ab, die wohnungspolitischen Leitlinien erneut zu beschließen und die Forderung nach alternativen Wohnformen zu erneuern. An Beschlüssen und Willensbekundungen mangelt es aber aus Sicht von Jamaika-Plus nicht. Dennoch gibt es

bislang erst ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt in der Weikertsblochstraße. Die Möglichkeiten für eine Umsetzung sind derzeit besonders gut, weil auch das Land Initiativen zum alternativen Wohnen im „Masterplan Wohnen“ unterstützt.